TGZ|10.08.2014|19

ISTITUTO PROMOZIONE LAVORATORI

ENTE PUBBLICO DI STUDI, FORMAZIONE ED INFORMAZIONE



Wirtschaft quer

Wie viel dürfen Manager von Öffentlichen Gesellschaften verdienen? Auf der einen Seite gilt der Grundsatz, dass gute Arbeit auch gut bezahlt werden muss. Um die besten Kräfte am Arbeitsmarkt zu bekommen, müssen hochqualifizierte Manager marktkonform entlohnt werden. Und das muss auch für Staatsbetriebe oder halbstaatliche Einrichtungen gelten. Auf der anderen stellt sich die Frage, ob im Zuge des Sparzwangs der Öffentlichen Haushalte der Sparstift nicht etwa dort angesetzt werden soll, wo es der breiten Masse am wenigsten schmerzt, also bei den Spitzengehältern von Politik und hohen Führungskräften im Öffentlichen Sektor.

Betrachtet man die beiden Prinzipien in Kombination, so dreht sich eigentlich alles darum, eine neue Verhältnismäßigkeit herzustellen. Inwiefern werden Managergehäl-



ter in Italien diesem Prinzip heute gerecht? Die OECD-Studie "Government at a Glance 2013" vergleicht die durchschnittlichen Entlohnungen von Managern im Öffentlichen Sektor für alle OECD-Länder. Hochrangige Funktionäre in den Ministerien sogenannte Senior Manager – verdienen in Italien, Neuseeland und Chile vergleichsweise viel, in

Neue Verhältnismäßigkeit

Neben den Politikern stehen nun in Italien auch die Manager von Öffentlichen Gesellschaften in der Kritik, zu viel zu verdienen. Der OECD-Vergleich zeigt: Die **Managergehälter** im Öffentlichen Sektor liegen in Italien tatsächlich am oberen Rand.

Island, der Slowakei und in Norwegen im Verhältnis wenig. Deutschland liegt im OECD-Schnitt, Österreich leicht darunter. Die nachgeordnete Managementebene ist jene der Middle Manager. Und auch hier reiht sich Italien ins obere Feld. Des Weiteren auffallend ist das hohe Lohndifferential zwischen Senior- und Middle-Managern. In Italien, Australien, Großbritannien und Israel ist es am höchsten, in den USA und Südkorea am geringsten.

Wie dem auch sei: Im Zuge der Spardebatte hat der italienische Staat Maßnahmen ergriffen und mit dem Ministerialdekret 166/2013 Höchstgrenzen für Öffentliche Manager eingeführt. Ab 1. April 2014 dürfen Manager von Öffentlicher Körperschaften, die vom Wirtschaftsministerium kontrolliert werden und die nicht an der Börse quotieren, nicht mehr verdienen als der Präsident des Kassationsgerichts (311.658,53 € brutto im Jahr). Aber auch für börsennotierte Unternehmen mit Staatsbeteiligung greifen Kürzungen. So mussten die Führungsspitzen von FS, Poste Italiane, Eni, Enel, Cassa depositi e prestiti Gehaltsreduzierungen von 25 Prozent hinnehmen.

Laut italienischer Verfassung (Art. 36) hat der Arbeiter Anspruch auf einen Lohn, der der Menge und der Güte seiner Arbeit angemessen und jedenfalls ausreichend ist, ihm und der Familie ein freies und würdiges Leben zu gewährleisten.

Jeder soll selbst beurteilen, ob das aktuelle Lohngefüge diesem Grundsatz gerecht wird.